

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0174/2023/BV

Datum:
27.04.2023

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Schule und Bildung

Beteiligung:

Betreff:

**Zusammenlegung der Fritz-Gabler-Schule Heidelberg,
Kaufmännische Schule, mit der Marie-Baum-Schule
Heidelberg, Hauswirtschaftliche Schule, zum Schuljahr
2024/25**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 05. Juni 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausschuss für Kultur und Bildung	25.05.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Ausschuss für Kultur und Bildung	06.07.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	11.07.2023	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	20.07.2023	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausschuss für Kultur und Bildung und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Ab dem Schuljahr 2024/25 werden die Fritz-Gabler-Schule und die Marie-Baum-Schule unter Beibehaltung aller Bildungsgänge zusammengelegt.

Diese Maßnahme beinhaltet folgende Teilschritte:

- *Die Fritz-Gabler-Schule soll formal aufgelöst und alle ihre Bildungsgänge an die Marie-Baum-Schule übertragen werden.*
- *Gleichzeitig wird die Einrichtung einer Außenstelle der Marie-Baum-Schule für das Gebäude der ehemaligen Fritz-Gabler-Schule beantragt.*
- *Um den kaufmännischen Schwerpunkt der neuen Schule zu stärken, sollen von der Julius-Springer-Schule die Bildungsgänge Einzelhandelskaufleute und Verkäufer und von der Willy-Hellpach-Schule die Zweijährige Berufsfachschule Wirtschaft und Verwaltung an die fusionierte Schule verlegt werden.*
- *Die neu entstandene Schulgemeinschaft wird beauftragt gegenüber dem Schulträger einen Vorschlag für den Namen der neuen, fusionierten Schule zu erarbeiten.*

Nach Schulgesetz Baden-Württemberg § 30, Absatz 4 ist dies eine schulorganisatorische Maßnahme, die vom Gemeinderat des Schulträgers genehmigt und in der Folge von der Stadt Heidelberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe beantragt werden muss.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• keine	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

An der Fritz-Gabler-Schule Heidelberg kam es in den letzten Jahren zu einem massiven Rückgang der Schülerzahlen. So konnten im aktuellen Schuljahr nur noch zwei Eingangsklassen in der Fachschule gebildet werden. Eine Fusion mit der Marie-Baum-Schule sorgt dafür, dass die Bildungsgänge beider Schulen zukunftsfähig in der Stadt Heidelberg verortet bleiben.

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung vom 25.05.2023

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung vom 25.05.2023

2 Zusammenlegung der Fritz-Gabler-Schule Heidelberg, Kaufmännische Schule mit der Marie-Baum-Schule Heidelberg, Hauswirtschaftliche Schule zum Schuljahr 2024/25 Beschlussvorlage 0174/2023/BV

Bürgermeisterin Jansen eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Herr Brühl, Leiter des Amtes für Schule und Bildung erläutert die Hintergründe zur Vorlage und informiert über den Abstimmungsprozess mit den beteiligten Schulen und dem Regierungspräsidium. Das erarbeitete Gesamtkonzept verfolge die Ziele das berufliche Bildungsangebot zu erhalten und dieses weiterzuentwickeln. Mit der Fusion solle der kaufmännische Bereich gestärkt, der Markenkern und die Attraktivität der Hotelfachschule erhalten bleiben.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Eckert, Stadträtin Prof. Schuster, Stadträtin Winter-Horn, Stadträtin Prof. Dr. Marmé

- Das vorgelegte Konzept vom Amt für Schule und Bildung wird gelobt. Die aktuelle Presseberichterstattung wird kritisiert. Der Name Fritz-Gabler-Schule müsse erhalten bleiben, da die Hotelfachschule internationales Renommee genieße.
- Die Beschlussvorlage wird als unzureichend gesehen, da vier Schulen hiervon betroffen seien und die Auswirkungen auf alle involvierten Schulen nicht dargestellt seien (zum Beispiel Schülerzahlen der einzelnen Bildungsgänge). Die Verwaltung wird um Nachbesserungen gebeten.
- Von Seiten der **SPD Fraktion** wird ein **mündlicher Antrag** auf Rückverweisung der Vorlage in den nächsten Ausschuss für Kultur- und Bildung am 06.07.2023 gestellt. Ergänzend sollen die schriftlichen Stellungnahmen der Schulleitungen eingeholt werden.
- Die finanziellen Auswirkungen und Folgekosten sollen in der nachgebesserten Vorlage dargestellt werden.
- Es wird die im Vorfeld fehlende Information der Gemeinderäte über die anstehenden Pläne bemängelt. Es seien zu viele Dinge noch ungeklärt. Es wird gefragt inwieweit die Belange der Wirtschaft und der betroffenen Schulen berücksichtigt seien.
- Es wird um Information gebeten wie eine Vernetzung der beiden Standorte aussehen werde.

- Es wird nachgefragt, welche Auswirkungen die Fusion für Schüler, ÖPNV und Lehrkräfte habe. Werden Lehrkräfte, Verwaltung, etc. langfristig eingespart?
- Es wird um Erläuterung gebeten, was die Bezeichnung Pilotcampus Inklusion bedeute und wie sich dieser umsetzen lasse? Wie soll die Beteiligung im laufenden Prozess aussehen? Wie sieht das Raumkonzept (Stichwort: Fachräume) aus?

Stadträtin Gernand erklärt sich für befangen für die anstehende Grundsatzentscheidung, da sie als Mitarbeiterin der Marie-Baum-Schule und Kuratoriumsmitglied mehrfach betroffen sei.

Herr Brühl geht auf die gestellten Fragen ein. Er verweist hinsichtlich der Schülerzahlen auf die aktuellen Zahlen der amtlichen Schulstatistik, welche in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung vorgestellt wurden. Die gewünschten Stellungnahmen der Schulleitungen können heute erfolgen, da drei Schulleitungen anwesend seien. Die Dependance an der Außenstelle Boxberg werde künftig weiterhin benötigt. Die neue Schulleitung werde organisieren welche Bildungsgänge wo sind und wie man diese bündeln könne, um das Vorhandene gut zu nutzen. Es wird keine Versetzung und Abordnung bei den Lehrkräften der abgebenden Schulen geben, dies wurde von Seiten der Schulbehörde zugesagt. Dienort ist die Fritz-Gabler-Schule, die Außenstelle werde und die ihren Dienststellenschlüssel behalte. Die künftige Schulleitung soll die Bildungsgänge so organisieren, dass für die Lehrkräfte möglichst wenig persönlicher Verkehr erforderlich ist. Herr Brühl erläutert die Hintergründe des geplanten Pilotcampus Inklusion.

Bürgermeisterin Jansen stellt den **Antrag der SPD Fraktion zur Abstimmung:**

Die vorliegende Beschlussvorlage soll in den nächsten Ausschuss für Kultur und Bildung am 06.07.2023 zurückverwiesen und überarbeitet werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit einer Enthaltung

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Bildung (Änderungen fett):

Die vorliegende Beschlussvorlage soll überarbeitet und auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung vertagt werden.

gezeichnet
Stefanie Jansen
Bürgermeisterin

Ergebnis: vertagt mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Die Stadt Heidelberg ist Träger von 35 Schulen, darunter sechs Berufliche Schulen:

Carl-Bosch-Schule, Fritz-Gabler-Schule (Hotelfachschule), Johannes-Gutenberg-Schule, Julius-Springer-Schule, Marie-Baum-Schule und Willy-Hellpach-Schule.

Im Rahmen der Regionalen Schulentwicklung (gemäß § 3 der Verordnung des Kultusministeriums zur regionalen Schulentwicklung an beruflichen Schulen, RSEbSVO, auf Basis des § 30a Schulgesetz Baden-Württemberg) arbeitet das Regierungspräsidium Karlsruhe und die Stadt Heidelberg als Schulträger schon seit Jahren kontinuierlich, intensiv und zielorientiert zusammen.

1. Ausgangslage und Perspektive

An der Fritz-Gabler-Schule Heidelberg kam es in den letzten Jahren zu einem massiven Rückgang der Schülerzahlen auf nunmehr etwa 150 Schülerinnen und Schüler. So konnten im aktuellen Schuljahr nur noch zwei Eingangsklassen in der Fachschule gebildet werden. Schulorganisatorisch bedeutet das eine hohe Herausforderung, da eine massive Überversorgung an Lehrkräften entsteht, was zu Abordnungen über einen Sozialplan führte. Zudem erhält die Schule kaum noch Anrechnungsstunden für Schulleitungsaufgaben und den Allgemeinen Entlastungspool, was eine Steuerung und Weiterentwicklung der Schule nachhaltig erschwert. Eine Lösung, die dafür sorgt, dass die Bildungsgänge zukunftsfähig in der Stadt Heidelberg verortet bleiben, ist eine Fusion mit der Marie-Baum-Schule, der zweitkleinsten Beruflichen Schule in Heidelberg, an der in den zurückliegenden Jahren ebenfalls zurückgehende Schülerzahlen zu verzeichnen waren.

Die Bildungsgänge an der Fritz-Gabler-Schule und der Marie-Baum-Schule werden komplett aufrechterhalten. Um den kaufmännischen Schwerpunkt der neuen Schule zu stärken, sollen von der Julius-Springer-Schule die Einzelhandelskaufleute und Verkäufer und von der Willy-Hellpach-Schule Heidelberg die Zweijährige Berufsfachschule Wirtschaft und Verwaltung an die zusammengelegte Schule verlegt werden.

Diese Bildungsgänge werden durch die Beruflichen Schulen des Rhein-Neckar-Kreises selbst vorgehalten. Eine Umlenkung von Schülerströmen aus dem Rhein-Neckar-Kreis nach Heidelberg ist deshalb nicht zu erwarten.

Die Verlagerung der kaufmännischen Bildungsgänge sorgt für eine gute Versorgung der kaufmännischen Lehrkräfte und steigert die Profilierung der Bildungsgänge im Übergangsbereich und den Berufsfachschulen am Standort Wieblingen hin zu einem Campus-Gedanken, der dann die Bereiche gewerblich, hauswirtschaftlich und kaufmännisch umfasst. Dies bietet die Chance der Vernetzung, Kooperation und des Übergangs in den Ausbildungsmarkt, auch in Ausbildungsberufe des jeweils anderen Schultyps.

Alle Lehrkräfte, die zum Zeitpunkt der Fusion an der Marie-Baum-Schule oder an der Fritz-Gabler-Schule unterrichten, erhalten die Möglichkeit an dem neu entstehenden Berufsschulzentrum zu unterrichten, sodass es aufgrund dieser Fusion zu keinen Versetzungen oder Abordnungen an dritte Schulen kommt.

Frühzeitig trat die Stadt Heidelberg, vertreten durch das Amt für Schule und Bildung, mit der Idee der Schulzusammenlegung an das zuständige Fachreferat des Regierungspräsidiums Karlsruhe heran und bat um eine schulfachliche Einschätzung. Erklärtes Ziel war und ist es, das bundesweit anerkannte und geschätzte Bildungsangebot der Fritz-Gabler-Schule (Hotelfachschule) in Heidelberg zu erhalten und das gesamte berufliche Bildungsangebot in Heidelberg zukunftsfähig aufzustellen.

Das Fachreferat des Regierungspräsidium Karlsruhe stand und steht diesem Gedanken von Anfang an sehr positiv gegenüber, da aus schulfachlicher, schulorganisatorischer und personeller Sicht alle Sachargumente für eine Zusammenlegung sprechen. Diese ist auch aus Sicht des Regierungspräsidiums wichtig für die Stabilisierung und Zukunftsfähigkeit der Beruflichen Schulen der Stadt Heidelberg. Aus Sicht des Regierungspräsidiums und des städtischen Fachamtes entstehen bei der Zusammenlegung vielseitige Synergien über die beiden Schulen hinaus für das gesamte Bildungsangebot der Stadt Heidelberg, das zu einem leistungsfähigen, innovativen und konkurrenzfähigen Bildungsangebot führt. Zudem wäre die Verortung von kaufmännischen Bildungsgängen am Campus in Wieblingen ein wichtiger Baustein hin zu einem ganzheitlich inklusiven Bildungscampus. So ist geplant, die drei Schulen in Wieblingen als Pilotcampus für inklusive Bildung dem Kultusministerium vorzuschlagen. Hierbei könnten die bereits auf dem Campus vorhandenen vielfältigen Erfahrungen im Bereich inklusiver beruflicher Bildung genutzt und hierauf aufgebaut werden.

2. Umsetzungsprozess der erforderlichen schulorganisatorischen Maßnahmen nach § 30 Schulgesetz Baden-Württemberg

Um das angestrebte Ziel des Erhalts des Bildungsangebotes der beiden Schulen durch deren Fusion zu realisieren, sind schulorganisatorische Schritte erforderlich.

Um die schulorganisatorische Maßnahme möglichst einfach zu gestalten, soll die Fritz-Gabler-Schule formal aufgelöst und alle ihre Bildungsgänge an die Marie-Baum-Schule übertragen werden. Hierzu wird beim Regierungspräsidium Karlsruhe die Einrichtung einer Außenstelle der Marie-Baum-Schule für das Gebäude der ehemaligen Fritz-Gabler-Schule beantragt. Dies ermöglicht den Dienststellenschlüssel der Marie-Baum-Schule beibehalten zu können.

In der Folge werden die Funktionsstellen an der neuen Schule – soweit erforderlich – ausgeschrieben und besetzt, die Stelle der Schulleitung unter Beteiligung der Stadt Heidelberg als Schulträger.

Die dann neu entstandene Schulgemeinschaft wird beauftragt gegenüber dem Schulträger einen Vorschlag für den Namen der neuen, fusionierten Schule zu erarbeiten.

Die Beantragung der dargestellten Maßnahme durch die Stadt Heidelberg als Schulträger erfordert einen Gemeinderatsbeschluss sowie die Anhörung der schulischen Gremien und der weiteren Betroffenen. Diese Anhörungen werden durch das Regierungspräsidium Karlsruhe vorgenommen.

Das Kuratorium der Hotelfachschule und damit alle in dieses Gremium berufenen Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderates der Stadt Heidelberg wurden bereits am 23.03.2023 und am 17.05.2023 über die Planungen informiert. Das Kuratorium unterstützt die geplante Maßnahme.

Die räumlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der schulorganisatorischen Maßnahmen sind in den bestehenden Gebäuden vorhanden.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
AB 1	+	Ziel/e: Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen, breites Arbeitsplatzangebot, Produktionsstätten erhalten. Begründung: Das vielfältige Angebot der beruflichen Schulen in Heidelberg ist eng abgestimmt auf das Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot in Heidelberg.
AB 4	+	Ziel/e: Stärkung von Mittelstand und Handwerk Begründung: Den Betrieben gelingt es immer weniger, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Deshalb muss das schulische Ausbildungsangebot in Heidelberg erhalten bleiben.
SOZ 9	+	Ziel/e: Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen Begründung: Das Spektrum an Ausbildungsberufen muss bedarfsgerecht erhalten bleiben, um dem Fachkräftebedarf in der Region Rechnung zu tragen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Stefanie Jansen